

# HALINA ANTON

## Frauen in Merseburg

Merseburg, im Dreieck zwischen den Großstädten Leipzig und Halle gelegen, war und ist mit den stadtrandangrenzenden »Chemiegiganten« Leuna im Süden und Buna im Norden ein überregional bedeutender Industriestandort. 52,2 Prozent aller Beschäftigten der Region fanden hier bis 1990 ihren Arbeitsplatz in der chemischen Industrie. Damit hatte der Kreis Merseburg die höchste Konzentration von Beschäftigten in einem Industriezweig auf dem Gebiet der DDR überhaupt.<sup>1</sup>

Typisch für Leuna und Buna war dabei vom Beginn in den zwanziger Jahren an ein hoher Frauenanteil. Frauen stellten etwa ein Drittel der Beschäftigten. Die Unternehmen richteten zeitig eine Infrastruktur ein, die es den Frauen ermöglichte, im chemietypischen Schichtbetrieb tätig zu sein. Leunas ältester Kindergarten feierte vor kurzem sein 70jähriges Bestehen. Er ist älter als die Stadt Leuna, die erst vor 65 Jahren als Zusammenschluß mehrerer Dörfer Stadtrecht erhielt.

Die Frauenbeschäftigung in der chemischen Industrie der Region ist auch heute, da sich ein gewaltiger wirtschaftlicher Umbruch vollzieht, noch in zweierlei Hinsicht von Bedeutung:

*Erstens:* Die Tätigkeit in der chemischen Industrie verlangt eine relativ hohe Qualifikation. 1991 waren von allen Beschäftigten:

Un- und Angelernte	16,6 Prozent
Facharbeiter	57,7 Prozent
Meister	1,0 Prozent
Fach- und Hochschulabsolventen	24,6 Prozent <sup>2</sup>

Dementsprechend muß bei heute notwendige Veränderungen der Ausgangspunkt nicht im Niveau der liegen. Weiterbildungsmaßnahmen müssen vielmehr die Art und den Inhalt der Qualifikation ins Auge fassen.

»Rollende Schichten« – 12-Stunden-Wechselschicht – und eine hohe Vernetzung der einzelnen Produktionsstufen waren und sind typisch für die chemische Industrie. Daraus ergab und ergibt sich eine hohe Anforderung an die Verantwortung des Einzelnen nicht nur für die eigene Arbeitsaufgabe, sondern auch für die zeitlich und räumlich vor- und nachgelagerten Produktionsabschnitte. Mit seiner/ihrer Tätigkeit beeinflusst der Anlagenfahrer/die Anlagenfahrerin maßgeblich die Quantität und Qualität der nachfolgenden Arbeitsergebnisse.

Halina Anton – Jg. 1953;  
Dr. oec., bis März 1996 an  
der Technischen Hochschule  
Merseburg und an der Mar-  
tin-Luther-Universität Halle  
auf dem Gebiet der Volks-  
wirtschaftslehre tätig.

1 Vgl. Günter Trepte u.a.:  
Tendenzen der Beschäf-  
tigung und des Arbeits-  
marktes in ausgewählten  
Problemregionen. KSPW-  
Projekt 1992.

2 Ebenda.

*Zweitens:* Nicht nur das Qualifikationsniveau ist hoch, sondern auch das Niveau des Berufsstolzes. Die Arbeitsaufgabe einer Anlagenfahrerin in der chemischen Industrie bestand nicht allein in Tätigkeiten in der Meßwarte wie der Kontrolle oder gegebenenfalls auch der Korrektur des Produktionsablaufes. Auch Aufgaben in der Außenanlage – also im Freien – standen an, was körperlich schwere Tätigkeiten einschloß. Viele Frauen waren als Ingenieure tätig. Damit hatten sie »Fuß gefaßt« in typischen Männerberufen.

Fazit: Bei den Frauen prägte sich ein Stolz heraus, der darauf beruht, daß sie sich durch ihre und in ihrer Arbeit bestätigt fühlten. Sie »sind wer und können was«. Ihre Berufstätigkeit ist Bestandteil einer Emanzipation, die nicht allein auf die ökonomische Selbständigkeit zu reduzieren ist. Sie ist ausschlaggebend für das Selbstbewußtsein der Frauen, etwas leisten zu können. Die Frauen haben die Erfahrung gemacht, daß Familie und Beruf vereinbar sind.

Dieses Bewußtsein läßt sich so schnell nicht erschüttern. Und so spiegelt es sich auch heute in dem hohen Prozentsatz von Frauen, die trotz des unerhört weitgehenden Abbaus von Arbeitsplätzen in der Chemie weiterhin berufstätig sein wollen. Diese Frauen haben die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit all ihren Problemen selbst erlebt, haben sie sich persönlich erstritten. Die Gesellschaft hatte ihnen dafür die Rahmenbedingungen geschaffen, die zur Zeit abgebaut werden. Der hohe Anteil von Alleinerziehenden und Alleinstehenden an den Frauen im arbeitsfähigen Alter – ca. 25 Prozent – macht ebenfalls deutlich, daß die Frauen die Herausforderung der Koordination von Beruf, Familie und Kinder angenommen haben und sie auf ihre Art bewältigen.

### *Frauen und Arbeitslosigkeit*

Von den 42.735 Einwohnern Merseburgs (Stand: 30. Juni 1995) ist – wie in der Weltbevölkerung üblich – die Mehrheit weiblichen Geschlechts. Exakt lautet die Zahl 22.218. Das entspricht einem Anteil von 51,99 Prozent.

In der Arbeitslosigkeit aber sind die Frauen überproportional zu ihrem Bevölkerungsanteil vertreten. Aus dem Arbeitsmarktbericht für das Hauptamt Merseburg (der Einzugsbereich erfaßt ungefähr das vor der Kreisreform bestehende Kreisgebiet) ist folgender Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit abzulesen:

	Personen insges.	davon Frauen in Personen	Anteil
September 1995	6.695	4.275	63,9 %
Dezember 1995	7.134	4.346	60,9 %
Januar 1995	8.256	4.821	58,4 %
Februar 1995	8.593	4.847	56,4 %
März 1995	8.418	4.674	55,5 %

Diese Zahlen machen deutlich, daß der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen 1995 über 60 Prozent betrug. 1996 sinkt zwar dieser prozentuale Anteil, aber die absoluten Zahlen steigen bzw. liegen über den vom vergangenen Jahr. Verringert sich die Zahl der

Leuna-Werke »Walter Ulbricht«, VEB; größter Chemiebetrieb der DDR, in Leuna; etwa 30.000 Beschäftigte. Der ehem. Betrieb des IG-Farben-Konzerns wurde nach 1945 zunächst SAG-Betrieb u. 1954 in Volkseigentum übergeführt; nahm eine hervorragende Entwicklungen unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht; u.a. Aufbau von Leuna II (arbeitet auf petrochem. Basis); etwa 400 Verkaufsprodukte (Diesel- und Vergaserkraftstoffe, Stickstoffprodukte, Plaststoffe usw.) – Die L. sind ein histor. bedeutendes Zentrum der revolüt. Arbeiterbewegung (s. März-kämpfe); starker antifaschist. Widerstandskampf bes. seit 1942: Widerstandsorganisation unter Führung A. Bauermeisters (Juli 1944 verhaftet). Meyers Universal Lexikon, Leipzig 1979.

Buna-Werke, Kombinat VEB Chemische Werke Buna: eines der größten Chemiekombinate u. einer der größten Chemieexporteure der DDR; Stammbetrieb in Schkopau. Hauptprodukte: Plast- und Elastgrundstoffe; ca. 28.000 Beschäftigte. Meyers Universal Lexikon, Leipzig 1979.

Arbeitslosen zu Beginn des Frühjahres, geht die Zahl der arbeitslosen Frauen in einem weit geringere Maße zurück. Frauen partizipieren weniger als die Männer am saisonalen Aufschwung des Arbeitsmarktes.

Von den zahlreichen wirtschaftspolitischen Theorien, die es zur Erklärung der Arbeitslosigkeit gibt, soll an dieser Stelle nur auf eine verwiesen werden. Ragnitz meint, daß »die Unterbeschäftigung in Ostdeutschland nicht allein Folge einer geringen Arbeitsnachfrage..., sondern zu einem erheblichen Teil auf ein im internationalen Vergleich überaus hohes Angebot an Arbeit zurückzuführen« sei.<sup>3</sup> Dieses »überdurchschnittlich hohe Arbeitsangebot« sei für »rund 52 v.H. der bestehenden Unterbeschäftigung« verantwortlich. Mit anderen Worten: Würde sich die »Erwerbsneigung« in Ostdeutschland der in den alten Bundesländern anpassen, könnte die Zahl der Arbeitssuchenden erheblich verringert werden! Jedenfalls rein rechnerisch.

Ragnitz hat keine explizite »Frauenrechnung« aufgemacht. Aber seine Betrachtungsweise legt schon nahe: Zu viele Frauen, die im erwerbsfähigen Alter sind, fragen auf dem Arbeitsmarkt nach Arbeit nach, und das Angebot kann dem nicht entsprechen. Ragnitz betont zwar, daß er keine Empfehlung dafür aussprechen kann, über eine Reduzierung der »Erwerbsneigung« die Arbeitslosenzahlen zu verringern, meint aber: »Geht man von einem tendenziellen Rückgang der Erwerbsneigung aus – und hierfür spricht auf lange Sicht mancherlei –, so wird sich das Unterbeschäftigungsproblem schon von dieser Seite her allmählich verringern.«<sup>4</sup>

Mit dieser These bleibt etliches unberücksichtigt. Zum Beispiel die Tatsache, daß sich in den alten Bundesländern die Erwerbsneigung der Frauen in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht hat. Oder die Überlegung, woraus die »Erwerbsneigung« eigentlich resultiert. Die Berufstätigkeit der Frauen in den neuen Bundesländern entspringt ja nicht allein einem – vielleicht sogar nur kurzfristigen – ökonomischen Kalkül. Es gibt vielmehr einen hohen Prozentsatz alleinstehender und alleinerziehender Frauen, die auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Und: Da in Ostdeutschland die Arbeitslosigkeit generell deutlich höher ist als in Westdeutschland, sind auch mehr Männer arbeitslos, woraus nicht selten folgt, daß die Frauen den Alleinverdienerplatz in der Familie eingenommen haben.

Und schließlich – siehe oben –: Das wirtschaftliche Interesse an einer Erwerbstätigkeit ist nur die eine Seite. Es ist in der DDR über Generationen ein verändertes sozialisiertes weibliches Kulturmuster entstanden. Es räumt der Berufstätigkeit einen gleichen Rang wie den Mutter- und Familienpflichten ein. Welche Begründung sollte es daher für einen Rückgang der »Erwerbsneigung« von Frauen geben? Ist solch eine Erwartung nicht vielmehr nur ganz tradiertem Männerwunsch, geboren aus der Unfähigkeit, über eine aktive Arbeitsmarktpolitik Arbeitsplätze zu schaffen? Die Alternative, daß Frau mit Kind zu Hause bleibt, entspricht nur dem Wunsch einzelner Frauen. In den neuen Bundesländern sind es 1996 nur 13 Prozent der Frauen, die es sich vorstellen können, nur Hausfrau und Mutter zu sein. 32 Prozent der ostdeutschen

3 Joachim Ragnitz: Strukturwandel und Beschäftigung in Ostdeutschland, in: List Forum, Band 21/1995, S. 124-141, S. 125.

4 Ebenda, S. 126.

Frauen hingegen finden ein Leben als vollberufstätige Frau attraktiv.

Eine stärkere (Re-)Integration von Frauen ist ohne zusätzliche Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und zugleich der strukturellen und finanziellen Ermöglichung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Frauen nicht zu erwarten.<sup>5</sup> Was tut sich in diesem Sinne in Merseburg? Die vom Stadtrat neu beschlossene Konzeption zur Entwicklung der Kindereinrichtungen in der Stadt betrachtet die Kindereinrichtungen allein unter finanzpolitischen Gesichtspunkten. Es werden weniger Kinder geboren – also reduziert sich der Bedarf an Plätzen – also werden Einrichtungen geschlossen, wird den Erzieherinnen gekündigt. Fragen nach den dadurch zwangsläufig immer längeren Anfahrtswegen werden ebenso wie die nach der Qualität der Betreuung nicht gestellt. Von einer Verbesserung der sozialen Infrastruktur für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen kann keine Rede sein. Von den 35 Kindereinrichtungen, die es 1989 in der Stadt gab, werden im August 1996 noch 16 Einrichtungen in der Trägerschaft der Stadt sein. Dazu kommt, daß sich der finanzielle Anteil, der durch die Eltern zu tragen ist, weiter erhöht hat.

Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie: das wäre auch ein öffentlicher Nahverkehr, der kurze Wege von Wohngebieten zu Betrieben, Kindergärten und Einkaufszentren schafft. Aber wie bei den Kindergärten dominiert auch hier das ganz unmittelbare finanzpolitische Kalkül.

Wie »natürlich« auch in den Betrieben selbst. Frauen, die durch Schwangerschaft und Krankheit der Kinder »teurer« sind als Männer, »rechnen« sich nicht. Auch in Merseburg sind die arbeitsmarkt- und frauenpolitischen Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Betriebe nur äußerst gering. Sanktionen und Auflagen, die einen Anreiz zur Beschäftigung geben sollten, bringen – so sie denn in der Privatwirtschaft überhaupt Anwendung finden – nur partielle Änderungen. Ihre Nichteinhaltung ist kein Problem. Das spiegelt sich z.B. in der Möglichkeit selbst des öffentlichen Dienstes wider, sich von der Pflicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen finanziell »ablösen« zu können.

Es bedarf wohl kaum noch der Hervorhebung, daß mit dem hier unternommenen Blick auf die Arbeitslosigkeit der Frauen eigentlich ein Blick auf deren Erwerbslosigkeit unternommen wurde. Denn in Merseburg wie anderswo auch sind die Frauen nicht vor allem arbeits-, sondern erwerbslos. Die unbezahlte Arbeit in der Familie, im Haushalt und in vor allem mit der Entwicklung der Kinder verbundenen »Ehrenämtern« lastet zum weit überwiegenden Teil auf den Frauen.

### *Frauen und Sozialhilfe*

Der Anteil der Frauen liegt in der Gesamtsumme der Sozialhilfeempfänger immer über 50 Prozent. Erschreckend ist darüber hinaus vor allem die Zahl der jungen weiblichen Sozialhilfeempfänger. In der Altersgruppe von 18 bis 40 Jahren stellen sie über 60 Prozent der Sozialhilfeempfänger – genau also in jenem Alter, in dem zunächst die Grundlage für die berufliche Entwicklung geschaffen und von dem insgesamt gesagt wird, daß es durch eine gute

5 Vgl. IAB werkstattbericht, Nr. 8 vom 11. Juni 1993.

Merseburg: Krst. im Bz. Halle, auf dem hohen linken Saaleufer; 53.000 Ew.; Braunkohlentagebau M.-Ost, Aluminiumwerk (Alufolie), Zellstoff- und Papierfabrik, Baustoffind.; Bahnknoten; Techn. Hochschule für Chemie Leuna-M., Fachschulen, Landesarchiv, Museum; neue Wohnviertel für Chemiewarbeiter; Stadtautobahn Leuna-M.-Schkopau; am hohen Saaleufer roman-spätgot. Dom u. Schloß (15./17.Jh.); Neumarktkirche (13. Jh.). Meyers Universal Lexikon, Leipzig 1979.

Leistungsfähigkeit geprägt ist. Damit wird vorprogrammiert, daß der Anteil der Frauen, die im Alter auf Sozialhilfe angewiesen sind, steigt. Gleichzeitig wachsen Kinder in der von Sozialhilfe geprägten Umwelt auf. Langzeituntersuchungen in den alten Bundesländern zeigen, daß damit für die nächste Generation eine Vorprägung stattfindet: Diese Kinder werden, wenn sie erwachsen sind, zu einem hohen Prozentsatz erneut auf Sozialhilfe angewiesen sein.

In der Stadt Merseburg hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger im einzelnen wie folgt entwickelt:

Altersgruppe	<18	18-25	26-30	31-40	41-50	>50	Gesamt- personen
	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	
<b>1992</b>							
Personen	keine	111	51	74	38	24	298
davon weibliche	Angaben	69	31	30	13	13	156
in Prozent		62,2	60,8	40,5	34,2	54,2	52,3
<b>1993</b>							
Personen	keine	158	150	17	71	47	597
davon weibliche	Angaben	119	92	92	36	14	353
in Prozent		75,3	61,3	53,8	50	29,8	59,1
<b>1994</b>							
Personen	825	219	217	279	125	80	1745
davon weibliche	375	141	125	161	61	33	900
in Prozent	49,5	64,4	57,6	57,7	48,8	41,3	51,6
<b>1995</b>							
Personen	903	284	241	295	135	98	1956
davon weibliche	436	183	146	175	63	57	1060
in Prozent	48,3	64,4	60,6	59,3	46,7	58,2	54,2
<b>1/1996</b>							
Personen	750	333	183	254	164	1591	1843
davon weibliche	345	203	112	162	82	101	1005
in Prozent	46	61,4	61,2	63,8	50	63,5	54,5

Die Anteilzahlen in den Altersgruppen über 40 Jahre lagen zunächst deutlich unter denen der jüngeren Altersgruppen. Das war wohl zum einen darauf zurückzuführen, daß die Frauen sich in Maßnahmen des »zweiten Arbeitsmarktes« befanden oder – bedingt durch ihre langen Arbeitsjahre – eine eigene und »ausreichende« Rente erhalten. Möglicherweise melden sich gerade Frauen dieser Altersgruppen auch zögernder oder gar nicht beim Sozialamt. Die Entwicklung der Zahlen seit 1995 zeigt aber auch, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen geringer werden.

### *Frauen und Umschulung*

Im Hauptamt Merseburg waren um die Jahreswende 1995/96 Frauen wie folgt arbeitslos und in Fortbildung und Umschulung (FuU):

	Arbeitslose in Prozent	Eintritt in FuU in Prozent
September 1995	65,6	66,8
Dezember 1995	63,0	64,8
Januar 1996	59,4	51,8
Februar 1996	56,5	65,5
März 1996	56,7	55,9

Der Anteil der Frauen, die sich in der Fortbildung und Umschulung befinden, entspricht in etwa dem ihres Anteils an den Arbeitslosen. Die Integration der Frauen in Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung hat ohne Zweifel ihre positiven Wirkungen. Nicht allein – obwohl dies nicht zu unterschätzen ist! – weil sie in dieser Zeit vom Arbeitsamt ein Unterhaltsgeld erhalten und ab einer bestimmten zeitlichen Dauer der Maßnahme diese einen erneuten Anspruch auf Arbeitslosengeld begründet. Bildung wird von einigen Frauen auch als ein Wert an sich gesehen: »frau wird davon ja nicht dümmern.«

In der Tat finden wichtige Dinge statt. Die Frauen eignen sich neue Qualifikationen an, auch wenn sie bereits über einen qualifizierten Berufsabschluß verfügen. Sie bilden sich weiter, werden umgeschult, vertiefen ihre Kenntnisse und vervollkommen ihre Fähigkeiten. Sie erhöhen ihre Flexibilität, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes besser zu entsprechen. Sie stellen sich auf die Bedingungen des Arbeitsmarktes ein.

Aber ist auch das Umgekehrte der Fall? Ist der Arbeitsmarkt auf die Kompetenz der Frauen eingestellt? Kann er diese Kompetenz »verwerten«?

Mit ihrer neuen Qualifikation drängen die Frauen nicht schwächer, sondern stärker auf den Arbeitsmarkt. Die Frauen erneuern ihren Anspruch auf Arbeit. Und nicht auf irgend eine. Sie sind qualifiziert, verfügen oftmals über die neuesten Kenntnisse auf einem Spezialgebiet. Trotzdem müssen sie feststellen, daß sie nicht oder nur in einem geringen Maße und nicht ihrem erworbenen Wissen entsprechend auf dem Arbeitsmarkt erwünscht sind. Es ist keine Arbeit für sie da – weder hinsichtlich der Quantität noch der Qualität.

Dieser Widerspruch ist erheblich: Die Frauen meinen, sich mit einer Teilnahme an Fortbildung und Umschulung auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes einzustellen, der Arbeitsmarkt hat jedoch keinen Bedarf an den Frauen. Das sind bedeutende Strukturverfaltungen. Die Qualifizierung der Frauen ist eine Qualifikation »auf Halbe«. Die Frauen »verschwinden« in der Qualifikation. Ihre Fortbildung und Umschulung schön die Statistik. Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert sie kaum.

*Frauen und ABM*

In ABM waren an der Jahreswende 1995/96 im Bereich des Hauptamts Merseburg beschäftigt:

	Arbeitslose in Prozent	ABM-Beschäftigte in Prozent	darunter 249 h in Prozent
September 1995	65,6	54,1	32,0
Dezember 1995	63,0	51,4	32,0
Januar 1996	59,4	51,9	28,5
Februar 1996	56,5	54,6	35,6
März 1996	56,7	54,3	35,5

Nur knapp mehr als die Hälfte der durch ABM zur Verfügung gestellten Beschäftigungsmöglichkeiten kommt Frauen zugute – das ist weniger, als der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit ausmacht. Noch größer wird die Differenz, wenn die »besseren ABM«, die Maßnahmen aus 249h, hinsichtlich ihres Anteils an Frauen im Hauptamt Merseburg betrachtet werden. Die Frauen stellen zwei Drittel der Arbeitslosen, werden aber nur zu einem Drittel in 249h beschäftigt. Die Begründung, daß bei diesen Maßnahmen ein besonderes Gewicht die Abriß- und Sanierungsarbeiten an den beiden Chemiestandorten Leuna und Buna haben, ist recht fadenscheinig, soll doch mit 249h ausdrücklich auch Beschäftigung in sozialen Diensten und der Jugendhilfe gefördert werden. Und das sind Tätigkeiten, die meist den Frauen vorbehalten werden. Daß an ihnen auch in Merseburg genügend Bedarf besteht, steht außer Zweifel.

*Frauen und Kommunalpolitik*

Damit Frauen berufstätig sein können, bedarf es – wie gezeigt – nicht nur arbeitsmarkt-, sondern auch kommunal- und jugend- und verkehrspolitischer Einflußnahme. Wie sind Frauen selbst an dieser Einflußnahme beteiligt?

Wenn Frauen auf dem Arbeitsmarkt weniger Chancen haben, wo engagieren sie sich dann? Wo sind die Frauen zu finden? Was wollen und was können sie? Welche alternativen Möglichkeiten gibt es für sie, welche nutzen sie und was fehlt?

Da in Merseburg mehr Frauen als Männer wohnen und leben – sind sie auch entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in den Gremien der Stadt vertreten? Kann die Kette der Tätigkeitswörter »leben« und »wohnen« um solche wie »wirken«, »tätig sein« oder »Einfluß nehmen« erweitert werden?

Der Oberbürgermeister der Stadt Merseburg ist ein Mann, der Bürgermeister ebenfalls. Beide Positionen sind im Ergebnis von Wahlen besetzt worden. Eine Frau hat sich weder für die eine noch für die andere Position beworben. Von den vier Dezernentenstellen in der Stadtverwaltung Merseburg ist eine durch eine Frau besetzt – und zwar im Bereich der Finanzen, der gern den Frauen überlassen wird.

Für die »Führungsspitze« im neugebildeten Landkreis Merseburg-Querfurt lassen sich diese Aussagen wiederholen. Dem Landkreis steht als Landrat ein Mann vor. Für diese Wahlfunktion hatte sich ebenfalls keine Frau beworben. Zu seinem Stellvertreter suchte sich der Landrat aus der Gruppe der Mitbewerber einen Mann aus. Es gehörte ebenfalls keine Frau zu dieser Gruppe. Die Leitungspyramide ergibt das übliche Bild: Die vier Dezernentstellen sind durchweg mit Männern besetzt, von den 16 Amtsleitern sind fünf weiblichen Geschlechts (Stand vom 12. September 1995). Erst auf der Ebene der Abteilungs- und Sachgebietsleiter erhöht sich der Anteil der Frauen auf rund 49 Prozent. Hinsichtlich der Gesamtbeschäftigten ergibt sich folgendes – typische – Bild: Der Anteil der im Landratsamt beschäftigten Frauen »erhöht« sich auf etwa 72 Prozent. Damit wird die allgemeine Aussage, daß Frauen vorwiegend auf der unteren Ebene beschäftigt sind oder, um einen Ausdruck aus der Leitungsorganisation zu verwenden, vorwiegend »ausführende Tätigkeiten« ausüben, bestätigt.

Der Stadtrat in der Stadt Merseburg umfaßt 40 Abgeordnete plus Oberbürgermeister. Von den 41 gewählten Abgeordneten sind neun Frauen. Das entspricht einem Anteil von 21,95 Prozent. Im Vergleich mit anderen Städten ähnlicher Größe – also 20.000 bis 50.000 Einwohner zählend – hat Merseburg beim Frauenanteil etwas mehr als den Durchschnitt zu bieten. Dieser liegt nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages bei 20,1 Prozent.<sup>6</sup>

Aufgeschlüsselt auf die im Stadtrat vertretenen Parteien ergibt sich folgendes Bild:

6 Pressedienst des Deutschen Städtetages, Nr. 572 vom 8. Juli 1992.

CDU	13 Stadträte	0 Frauen	0 Prozent
SPD	12 Stadträte	5 Frauen	41,6 Prozent
PDS	7 Stadträte	4 Frauen	57,1 Prozent
FDP	3 Stadträte	0 Frauen	0 Prozent
Bündnis 90/ Die Grünen Neues Forum			
Statt Partei	5 Stadträte	0 Frauen	0 Prozent

Der Oberbürgermeister gehört der SPD an.

Zum Kreistag Merseburg-Querfurt gehören 48 Abgeordnete und der Landrat. In den Kreistag wurden 9 Frauen gewählt, das entspricht einem Anteil von 18,36 Prozent. Bezogen auf die im Parlament vertretenen Parteien ergibt sich folgendes Bild:

CDU	15 Abgeordnete	5 Frauen	33,3 Prozent
SPD	14 Abgeordnete	2 Frauen	14,3 Prozent
PDS	8 Abgeordnete	2 Frauen	25,0 Prozent

Die anderen mit insgesamt 11 Abgeordneten vertretenen Parteien (FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Neues Forum, Statt Partei) sind ohne Frauen im Parlament.  
Der Landrat gehört der SPD an.

Kreistag und Stadtrat sind die Gremien, die mit ihren parlamentarischen Entscheidungen wesentlich das gesellschaftliche Leben



in der Kommune bestimmen. Frauen sind in ihnen nur mit einem sehr geringen Prozentsatz vertreten. Kann daraus geschlußfolgert werden, daß sie die parlamentarische Form, die für die Demokratie in der Bundesrepublik eine so wesentliche Rolle spielt, selbst wenig in Anspruch nehmen?

Wird eine rein statistische Betrachtung vorgenommen und dabei verglichen, daß die Frauen in der Stadt Merseburg einen Bevölkerungsanteil von 51,99 Prozent haben und in den politischen Gremien mit einem Anteil von 21,95 Prozent im Stadtrat vertreten sind, dann wird die Disproportion mehr als deutlich. Sie vergrößert sich, wenn berücksichtigt wird, daß sich der Frauenanteil bei der wahlberechtigten Bevölkerung noch um knapp drei Prozent erhöht.

Gewählt werden Personen oder Parteien, von denen angenommen wird, daß sie die Interessen der/des Wählenden vertreten werden. Kann nun geschlußfolgert werden, daß die Männer im Parlament die Interessen der Frauen vertreten? Abgeordnete sind nach dem Grundgesetz nur ihrem Gewissen gegenüber verantwortlich und können demzufolge durch nichts dazu »gezwungen« werden, bei ihrer Abstimmungsentscheidung die Interessen der Frauen zu vertreten oder zu berücksichtigen.

Dazu eine weitere Überlegung: Kommunalwahlen sind oft vor allem Personenwahlen und weniger Parteiwahlen. Die Geschlechterzusammensetzung der Gremien ergibt sich somit stärker über die konkreten Personen, für die sich die Wählerinnen und Wähler entscheiden, als über die Wahllisten der Parteien und die dort fixierte Rangfolge der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten. (Freilich übt auch bei direkter Personenwahl der Platz auf dem Wahlschein einen Einfluß auf die Entscheidung des Wählers aus. Somit haben die Parteien schon einen gewissen Einfluß auf die spätere Zusammensetzung der Parlamente.)

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, sich die Stimmzettel zur Wahl des Stadtrates und des Kreistages am 12. Juni 1994 anzusehen:

Zur Stadtratswahl stellten sich acht Parteien, eine Wählergemeinschaft und eine Einzelperson zur Verfügung. Von den insgesamt 96 Kandidaten waren 21 Frauen, das entsprach einem Anteil von 21,9 Prozent. Für die einzelnen Parteien ergibt sich folgende Übersicht:

CDU	17 Kandidaten	davon 0 Frauen	0 Prozent
SPD	30 Kandidaten	davon 8 Frauen	26,7 Prozent
PDS	10 Kandidaten	davon 6 Frauen	60,0 Prozent
FDP	9 Kandidaten	davon 0 Frauen	0 Prozent
Statt Partei	9 Kandidaten	davon 2 Frauen	22,2 Prozent
Neues Forum	11 Kandidaten	davon 3 Frauen	27,3 Prozent
Bündnis 90/ Die Grünen	2 Kandidaten	davon 0 Frauen	0 Prozent
DSU	3 Kandidaten	davon 1 Frau	33,3 Prozent
1. freie Wähler- gemeinschaft	4 Kandidaten	davon 0 Frauen	0 Prozent
Einzel- bewerbung	1 Kandidat	davon 1 Frau	100 Prozent.

Zur Wahl des Kreistages waren acht Parteien angetreten. Von den 158 Kandidaten waren 40 Frauen, das entsprach einem Anteil von 25,3 Prozent. Eine Übersicht zeigt folgendes Bild:

CDU	35 Kandidaten	davon 12 Frauen	34,3 Prozent
SPD	44 Kandidaten	davon 8 Frauen	18,2 Prozent
PDS	15 Kandidaten	davon 5 Frauen	33,3 Prozent
FDP	19 Kandidaten	davon 4 Frauen	21,0 Prozent
Statt Partei	11 Kandidaten	davon 3 Frauen	27,3 Prozent
Neues Forum	13 Kandidaten	davon 3 Frauen	23,1 Prozent
Bündnis 90/ Die Grünen	8 Kandidaten	davon 2 Frauen	25,0 Prozent
DSU	13 Kandidaten	davon 3 Frauen	23,1 Prozent

Zwei Aussagen lassen sich aus diesen Gegenüberstellungen ableiten:

Rein statistisch betrachtet wurden in den Stadtrat so viele Frauen gewählt, wie prozentual von den Parteien vorgesehen waren. Diese Aussage läßt sich für den Kreistag nicht wiederholen. Dort hatten sich mehr Frauen auf den Kandidatenlisten zur Verfügung gestellt, als von den Wählerinnen und Wählern gewollt wurden.

Es haben sich deutlich weniger Frauen als Männer zur Wahl gestellt.

Was für Schlußfolgerungen sind möglich?

*Erstens:* Frauen benötigen keine Vertretung durch Ihresgleichen. Sie fühlen sich durch die Männer ausreichend vertreten. Es gibt ihrer Meinung nach vielleicht keine spezifischen Fraueninteressen, die in der Kommunalpolitik zu diskutieren und über deren Realisierung dort Entscheidungen zu fällen sind. Oder aber es besteht die Auffassung, Männer könnten diese spezifischen Interessen genauso gut wahrnehmen. Aus eigener kommunalpolitischer Erfahrung habe ich an beidem meine Zweifel. Es gibt sie durchaus auch auf dieser Ebene – die Themen, die von Frauen und Männern unterschiedlich gesehen werden. Insbesondere dann, wenn es um die Gewichtung von Themen und die Priorität von Entscheidungen geht. Das betrifft z.B. die Argumentation und anschließende Abstimmung zur Entwicklungskonzeption der Kindereinrichtungen als auch über den Haushalt der Stadt Merseburg.

*Zweitens:* Frauen fehlt der Mut, sich in Parlamente wählen zu lassen. Sie meinen oft von sich selbst, daß ihnen die notwendige Kompetenz fehle, um in solchen öffentlichen Gremien agieren zu können. Männer – so wird von Frauen argumentiert – wüßten und könnten mehr und träten viel gewandter auf. Sie – die Frauen – hingegen wollen lieber im Hintergrund bleiben und von dort aus die »Geschicke lenken«.

Lang geprägtes Rollenverständnis! Hier kann die Quote Abhilfe schaffen, denn über sie kommen Frauen eher in die Parlamente

*Drittens:* Frauen sind durch andere Tätigkeiten wie Beruf, Kinder, Haushalt und vielleicht auch Elternvertretung und Vereinstätigkeit so stark ausgelastet, daß sie für eine Aufgabe im Parlament keine Zeit mehr haben. Sie fühlen sich bereits durch ihre »normalen« Aufgaben stark belastet. Sie meinen, für eine

In der Umstrukturierung stecken noch Deutsche Waggonbau AG (DWA), Berlin, und Buna SOW Leuna Olefinverbund GmbH (BSL), Schkopau. DWA will seine Mitarbeiterzahl von 4.500 auf 3.200 drücken, für seine 5.000 Beschäftigten bezweckt Olefinverbund eine Halbierung. Hier wie in der Mitteldeutschen Erdöl-Raffinerie GmbH (Mider), die nächstes Jahr die neue Raffinerie in Spargau bei Leuna in Betrieb nehmen will, stehen Besitzänderungen ins Haus, bei erstbesten Gelegenheit steigt der Bund aus. Neues Deutschland, 12. August 1996.

gründliche Beschäftigung mit dieser doch nicht so einfachen und ungewohnten Materie nicht die Zeit zu haben, die notwendig wäre, um diese Aufgabe gründlich auszuführen. Hier schrecken natürliche die Sitzungstermine ebenso wie die Sitzungsdauer ab. Alles Aspekte, die geändert werden könnten, wenn sich dafür eine Mehrheit fände. Aber für Männer spielen diese Aspekte kaum eine Rolle, und sie sind diejenigen, die im Parlament die eindeutige Mehrheit haben. So lange das so ist, wird sich nichts ändern. Oftmals sind es Stapel von Vorlagen, die zur Vorbereitung von Sitzungen zu studieren sind. Aber auch das ließe sich durch eine straffe Arbeit in den Verwaltungen ändern, wenn es gewollt wäre. Hier scheint sich die Katze in den eigenen Schwanz beißen zu wollen: Abgeordnetentätigkeit nimmt keine oder nur sehr gering Rücksicht auf die zeitlichen Belange von Frauen, und deswegen haben Frauen kein oder wenig Interesse an dieser Aufgabe. – Überwunden werden kann das jedoch nur durch ein entsprechendes Engagement von Frauen in den Parlamenten.

*Viertens:* Schließlich gibt es das Argument »Mein Mann ist schon aktiv«. Dahinter mag sich Verschiedenes verbergen. Zum einen: »Frauen wählen lieber Männer, damit sie sich dann über diese aufregen können«. Oder: »Frauen sind die besseren Diplomaten, sie regieren lieber aus der zweiten Reihe heraus«. Oder: »Frauen wollen ihr Aufenthaltsrecht im Paternalismus nicht verlieren«. Oder oder oder.

Zum anderen widerspiegelt sich in diesem Argument die Tradition, durch die der Frau vom Mann eine Rolle im Hause zugeordnet wurde, damit er »in Ruhe« seinen Weg gehen kann. O doch: Der Mann hat es nicht gern, wenn die Frau seine Wege kreuzt. Nur zu gern tut er von sich aus alles, um auf seinem traditionellen Weg zu bleiben.

Aber vielleicht ist wenigstens »an der Basis« der politischen Arbeit, also in den Parteien insgesamt, der Anteil der Frauen höher? Das Bild einer Befragung der Parteien in der Stadt Merseburg und im Landkreis Merseburg-Querfurt zeigt, daß dem nicht so ist:

	Stadt Merseburg		Landkreis Merseburg-Querfurt	
	Mitglieder insgesamt	Frauen	Mitglieder insgesamt	Frauen
CDU	98	32 (32%)	500	179 (36%)
SPD	81	21 (26%)	236	60 (25%)
PDS	307	147 (48%)	689	306 (44%)
FDP	28	11 (39%)	287	81 (28%)
Die Grünen	6	2 (33%)	12	3 (25%)
DSU	12	0	45	6 (13%)

Es stellt sich ganz entschieden die Frage, ob denn die gegenwärtigen Formen der offiziellen/öffentlichen Politik den Ansprüchen der Frauen genügen. Können Frauen mit den derzeit angewandten Mitteln und Methoden, die durch Männer und von Männern entwickelt wurden, ihre Interessen verwirklichen? Muß Politik wirklich losgelöst und abgehoben von den »Reproduktionsaufgaben« der Frauen erfolgen? Oder müßten sich nicht beide Seiten

gegenseitig ergänzen? In der Politik aktive und nichtaktive Frauen sind gleichermaßen herausgefordert.

Kann nun aber ein Fazit darin bestehen, daß mit einem Frauenteil von 50 Prozent in allen Gremien und in allen Funktionen die Diskussion um den Anteil von Frauen beendet wäre? Kann oder soll die Zielvorstellung sich an dieser »Hälfte« von allem orientieren? Quotenregelungen haben dies zum Ziel. Ein genaueres Hinsehen verdeutlicht jedoch, daß die Quote »nur« ein Mittel sein kann und soll, das den Zugang für Frauen zum einen erleichtern und zum anderen auch erzwingen soll. Die Halbe-Halbe-Regelung ist aber nicht das Ziel. Das Ziel läßt sich eher dort finden, wo es um die Diskussion von weiblicher Sichtweise auf die Gesellschaft, auf die Lösung von gesellschaftlichen wie individuellen Problemstellungen geht. Das heißt, es ist aufzuzeigen, was weibliche Sichtweisen sind, wodurch sie sich von männlichen unterscheiden und worin ihr Vorzug liegen könnte. Da kaum zu erwarten ist, daß Männer ihre Sicht auf die Welt von sich aus verändern oder ihre traditionelle Machtrolle freiwillig zugunsten der Frauen verändern, sind solche Analysen, die die Disproportionen zwischen dem Anteil der Frauen an der Bevölkerung und ihrer realen Möglichkeit an der Einflußnahme, dem Tätigsein und Wirken in der Kommune aufzeigen, notwendig.

Ob es unbedingt die derzeitige Politikvorstellung sein muß und sich die Argumentation auf ein »neues« Verhältnis der Frauen zur Politik stützen sollte, ist damit nicht gesagt. Es ist auch nicht gesagt, daß mit Hilfe der Politik die obigen Gründe aufgehoben werden können. Vielleicht kann es andere »Mittel« geben, die es den Frauen eher ermöglichen und für die Frauen eher akzeptabel erscheinen, sich »öffentlicher« in die Belange der Gesellschaft aktiv einzumischen.

Klar und unmißverständlich zeigen die hier erörterten Zahlen und Übersichten: Die Frauen in Merseburg sind nicht entsprechend ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung auch am Leben, Wirken, Tätigsein und Einflußnehmen beteiligt. Jedenfalls nicht auf den hier behandelten Ebenen Berufstätigkeit und »offizielle« Politik. Anderes bedarf im Maßstab von Stadt und Kreis noch der gründlicheren Untersuchung. Wie zum Beispiel ist es mit anderen Formen des gesellschaftlichen Wirkens wie der traditionellen »Frauendomäne« Elternvertretung oder neu entstandenen Wirkungsfeldern wie dem Frauenpolitischen Runden Tisch, Frauenhäusern, Frauenprojekten, Frauennetzwerken? Vermögen sie dem Trend des »Offiziellen« Wirkungsvolles entgegenzusetzen?

Arbeitslosigkeit: Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt, bei dem die angebotene Art und Menge von Arbeitsleistungen die nachgefragte Art und Menge von Arbeitsleistungen übersteigt, so daß ein Teil der Erwerbspersonen zeitweise ohne Beschäftigung ist. Produktionstheoretisch bedeutet A. eine Unterauslastung des Produktionsfaktors Arbeit: Das vorhandene Arbeitskräftepotential wird nicht vollständig zur Produktion von Gütern und Diensten genutzt (Unterbeschäftigung). Aus wirtschaftspolit., aber auch aus sozial- und gesellschaftspolit. Gründen (materielle Not, Verlust an Selbstvertrauen als mögliche Auswirkungen von A.) ist die Verfolgung des Ziels Vermeidung von A. und Gewährleistung eines hohen Beschäftigungsstandes (Vollbeschäftigung) eine polit. Notwendigkeit. Gleichwohl können Konflikte mit anderen gesamtwirtschaftl. Zielen (z.B. Preisniveaustabilität – s. Phillips-Kurve) auftreten. Brockhaus Enzyklopädie, 19. Aufl., Mannheim 1987.